

**Untersuchungen zum
Europäischen Privatrecht**

Band 5

**Das französische Rechtsinstitut der
action directe und seine Bedeutung in
internationalen Vertragsketten**

Von

Jochen Bauerreis



Duncker & Humblot · Berlin

JOCHEN BAUERREIS

Das französische Rechtsinstitut der *action directe*
und seine Bedeutung in internationalen Vertragsketten

Untersuchungen zum Europäischen Privatrecht

Band 5

Das französische Rechtsinstitut der
action directe und seine Bedeutung in
internationalen Vertragsketten

Von

Jochen Bauerreis



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Bauerreis, Jochen:

Das französische Rechtsinstitut der *action directe* und seine Bedeutung
in internationalen Vertragsketten / von Jochen Bauerreis. – Berlin :
Duncker und Humblot, 2001

(Untersuchungen zum europäischen Privatrecht ; Bd. 5)

Zugl.: Freiburg (Breisgau), Univ., Diss., 2000

ISBN 3-428-10232-0

D 25

Alle Rechte vorbehalten

© 2001 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme und Druck:

Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 1438-6739

ISBN 3-428-10232-0

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☉

*Für Laurence,
Marine und Laetitia*

„A en juger par la jurisprudence, les rapports entre chaînes de contrats et droit international privé ne sont pas des rapports idylliques, et prétendre les marier paraît de nature à décourager le plus entreprenant des entremetteurs . . .“

(Frédéric Leclerc, Les chaînes de contrats en droit international privé, JDI 1995, 267)

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist im Februar 2000 anlässlich des ersten Promotionsverfahrens in gemeinsamer Betreuung (*thèse en cotutelle*) zwischen der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der Faculté de Droit, de Sciences politiques et de Gestion der Université Robert Schuman von Straßburg als Dissertation angenommen worden. Sie entstand in den Jahren 1997 bis 1999, in denen ich als Stipendiat des Graduiertenkollegs „Internationalisierung des Privatrechts“ in Freiburg gefördert wurde und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht von Herrn Prof. Dr. Rainer Frank tätig war.

Meine Dissertation ist am 18. Oktober 2000 mit dem vom C. F. Müller Verlag (Heidelberg) gestifteten Carl-von-Rotteck-Preis der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg sowie am 5. Dezember 2000 mit dem vom *Conseil Général du Bas-Rhin* gestifteten Fakultätspreis der Université Robert Schuman von Straßburg ausgezeichnet worden. Für ihre großzügige finanzielle Unterstützung sei den Sponsoren recht herzlich gedankt. Eine französischsprachige Zusammenfassung meiner Arbeit ist zwischenzeitlich als Aufsatz mit dem Titel „*Le rôle de l'action directe contractuelle dans les chaînes internationales de contrats*“ in der Zeitschrift *Revue critique de droit international privé* (2000, S. 331 – 355) erschienen.

Das von mir gewählte Thema geht auf eine Anregung zurück, die ich dankenswerterweise von Herrn Dr. Friedrich Niggemann, Rechtsanwalt und Avocat à la Cour (Paris), erhalten habe. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem französischen Recht wurde entscheidend dadurch erleichtert, daß ich im Jahre 1997 mehrere Monate als Praktikant in verschiedenen international tätigen Rechtsanwaltskanzleien (Paris, Lyon, Straßburg) verbringen konnte und im Studienjahr 1997/1998 an der Universität Straßburg einen Aufbaustudiengang zum französischen Wirtschaftsrecht (*Diplôme d'Etudes Approfondies de Droit des Affaires*) mit Erfolg absolviert habe.

Mein herzlicher Dank gilt meinen beiden Doktorvätern, Herrn Prof. Dr. Rainer Frank (Freiburg) und Herrn Prof. Dr. Claude Witz (Straßburg), die meine Arbeit stets durch wertvollen Rat und hilfreiche Kritik unterstützt haben. Herrn Prof. Dr. Rainer Frank bin ich dabei zu besonderem Dank verpflichtet, da es ihm – mit tat-

kräftiger Unterstützung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg – gelungen ist, die verwaltungsrechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung dieses ersten Promotionsverfahrens in gemeinsamer Betreuung (*thèse en cotutelle*) zu schaffen. Mein herzlicher Dank gilt weiterhin Herrn Prof. Dr. Günter Hager und Herrn Prof. Dr. Gerhard Hohloch aus Freiburg sowie Herrn Prof. Dr. Jean-Marc Bischoff und Herrn Prof. Dr. Georges Wiederkehr aus Straßburg, die am 23. Februar 2000 an der *soutenance de thèse* in Freiburg teilgenommen haben.

Schließlich möchte ich ganz herzlich meinen Kollegen Marc Heggen und Dr. Rainer Hornung sowie meinem Vater für die sorgfältige Durchsicht des Manuskripts und die anregenden Diskussionen über meine Arbeit danken.

Rechtsprechung und Literatur befinden sich im wesentlichen auf dem Stand von Februar 2000.

Freiburg/Straßburg, im Februar 2000

Jochen Bauerreis

Inhaltsübersicht

Einleitung	31
------------------	----

Erster Teil

Action directe und Vertragsketten im französischen Recht	34
---	----

Erstes Kapitel

Das französische Rechtsinstitut der action directe	35
---	----

1. Abschnitt: Die <i>action directe</i> als einheitliches Rechtsinstitut	36
A. Rechtsnatur	36
B. Die Bedeutung der <i>action directe</i> im Laufe der geschichtlichen Entwicklung der französischen Rechtswissenschaft	51
C. Die dogmatische Begründung der <i>action directe</i>	61
2. Abschnitt: Die typologische Vielfalt der <i>action directe</i>	81
A. Die direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	82
B. Die haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>)	100
Zusammenfassung des ersten Kapitels	106

Zweites Kapitel

Das Phänomen der Vertragsketten	109
--	-----

1. Abschnitt: Durchgriffshaftung innerhalb der Vertragskette nach französischem Recht	109
A. Die Ansätze in der französischen Literatur	110
B. Die rechtliche Behandlung von Vertragsketten in der französischen Rechtsprechung	122
C. Die Bedeutung des neuen französischen Produkthaftungsgesetzes L. n° 98–389 vom 19. Mai 1998 für die vertragliche Durchgriffshaftung (<i>action directe</i>) innerhalb einer Vertragskette	146

2. Abschnitt: Durchgriffshaftung innerhalb der Vertragskette in rechtsvergleichender Hinsicht	163
A. Durchgriffshaftung innerhalb der Vertragskette nach deutschem Recht	164
B. Rechtsvergleich mit wichtigen anderen Rechtsordnungen	176
C. Die Bedeutung der <i>action directe</i> im Rahmen der europäischen Richtlinie zum Verbrauchsgüterkauf	186
Zusammenfassung des zweiten Kapitels	189

Zweiter Teil

Die Bedeutung der *action directe* in internationalen Vertragsketten 191

Erstes Kapitel

Die *action directe* und die Problematik der internationalen Gerichtszuständigkeit 192

1. Abschnitt: Die internationale Gerichtszuständigkeit nach dem EuGVÜ ohne Zuständigkeitsvereinbarung	193
A. Die direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	193
B. Die haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>) innerhalb einer internationalen Vertragskette	199
2. Abschnitt: Die internationale Gerichtszuständigkeit aufgrund einer Zuständigkeitsvereinbarung nach dem EuGVÜ	227
A. Die direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	228
B. Die haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>) innerhalb einer internationalen Vertragskette	230
Zusammenfassung des ersten Kapitels	241

Zweites Kapitel

Die Bedeutung der *action directe* im französischen Kollisionsrecht 243

1. Abschnitt: Die kollisionsrechtliche Behandlung der direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	246
A. Der direkte Zahlungsanspruch des Geschädigten gegen den Haftpflichtversicherer des Schädigers	246
B. Direkte Zahlungsansprüche innerhalb von internationalen Vertragsketten: Das Beispiel der <i>action directe</i> des Subunternehmers gegen den Auftraggeber	253

2. Abschnitt: Die kollisionsrechtliche Behandlung der haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>)	269
A. Die Haftung des Herstellers eines fehlerhaften Produktes für Integritätsverletzungen des Endabnehmers	272
B. Die Haftung des Erstverkäufers einer mangelhaften Kaufsache für die Äquivalenzverletzungen des Endabnehmers	292
Zusammenfassung des zweiten Kapitels	324

Drittes Kapitel

Die Bedeutung der *action directe* im deutschen Kollisionsrecht 327

1. Abschnitt: Die kollisionsrechtliche Behandlung der direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	327
A. Die versicherungsrechtlichen Direktansprüche des Geschädigten gegen den Haftpflichtversicherer des Schädigers	327
B. Der direkte Zahlungsanspruch des Subunternehmers gegen den Auftraggeber innerhalb einer internationalen Vertragskette	334
2. Abschnitt: Die kollisionsrechtliche Behandlung der haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>)	342
A. Die Haftung des Herstellers eines fehlerhaften Produktes für Integritätsverletzungen des Endabnehmers	343
B. Die Haftung des Erstverkäufers einer mangelhaften Kaufsache für Äquivalenzverletzungen des Endabnehmers	354
Zusammenfassung des dritten Kapitels	359
Gesamtzusammenfassung	361
Literaturverzeichnis	371

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	31
Erster Teil	
Action directe und Vertragsketten im französischen Recht	34
<i>Erstes Kapitel</i>	
Das französische Rechtsinstitut der <i>action directe</i>	35
1. Abschnitt: Die <i>action directe</i> als einheitliches Rechtsinstitut	36
A. Rechtsnatur	36
I. Begriff	36
1. Die „ <i>actio directa</i> “ des römischen Rechtes	37
2. Die „ <i>action directe</i> “ im heutigen französischen Recht	38
a) Das Substantiv <i>action</i>	38
b) Das Adjektiv <i>directe</i>	39
II. Die rechtssystematische Stellung der <i>action directe</i> innerhalb des <i>Code civil</i>	40
1. Das Verhältnis der <i>action directe</i> zum Grundsatz der relativen Wirkung der Parteivereinbarungen (Art. 1165 CC)	40
a) Der Begriff der „Vertragspartei“ im Gegensatz zum „Dritten“	41
b) Die <i>action directe</i> als Korrektiv zum Grundsatz der relativen Wirkung der Parteivereinbarungen	41
2. Abgrenzung der <i>action directe</i> von der <i>action oblique</i> (Art. 1166 CC)	42
a) Die Anwendungsvoraussetzungen der <i>action oblique</i>	43
b) Die Wirkungen der <i>action oblique</i>	45
III. Klassifizierungskategorien der <i>action directe</i>	46
1. Allgemeine (<i>actions directes générales</i>) und besondere (<i>actions directes spéciales</i>) Direktansprüche	47
2. Direkte Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>) und haftungsrechtliche Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>)	48
3. Vollendete (<i>actions directes parfaites</i>) und unvollendete (<i>actions directes imparfaites</i>) Direktansprüche	48
4. Vom Gesetzgeber normierte (<i>actions directes légales</i>) und von der Rechtsprechung entwickelte (<i>actions directes jurisprudentielles</i>) Direktansprüche	50

B. Die Bedeutung der <i>action directe</i> im Laufe der geschichtlichen Entwicklung der französischen Rechtswissenschaft	51
I. Die sogenannte <i>théorie exégétique de l'action directe</i>	51
1. Die „Entdeckung“ der <i>action directe</i> in entsprechenden Normen des <i>Code civil</i>	52
a) Die Bestimmung des Art. 1753 CC	52
b) Die Bestimmung des Art. 1798 CC	53
c) Die Bestimmung des Art. 1994 Abs. 2 CC	54
d) Die <i>action directe</i> im Versicherungsrecht	55
2. Die dogmatische Erklärung der <i>action directe</i> mit Hilfe traditioneller Rechtsinstitute	56
II. Die sogenannte <i>théorie légaliste de l'action directe</i>	58
III. Die sogenannte <i>théorie doctrinale de l'action directe</i>	59
C. Die dogmatische Begründung der <i>action directe</i>	61
I. Traditionelle Erklärungsansätze der <i>action directe</i> auf der Grundlage klassischer Rechtsinstitute des <i>Code civil</i>	61
1. Die <i>action directe</i> als Ausfluß eines klassischen Rechtsinstitutes	61
a) Die subjektiv wirkenden Rechtsinstitute (<i>mécanismes subjectifs</i>)	62
aa) Vertrag zugunsten Dritter (<i>stipulation pour autrui</i>)	62
bb) Forderungsabtretung (<i>cession de créance</i>)	63
cc) Rechtsgeschäftliche Vertretungsmacht (<i>mandat</i>)	65
dd) Schuldübernahme (<i>délégation</i>)	65
ee) Gläubigerwechsel (<i>subrogation personnelle</i>)	67
ff) Geschäftsführung ohne Auftrag (<i>gestion d'affaires</i>)	67
b) Die objektiv wirkenden Rechtsinstitute (<i>mécanismes objectifs</i>)	68
aa) Zubehörstheorie (<i>théorie de l'accessoire</i>)	68
bb) Dingliche Surrogation (<i>subrogation réelle</i>)	72
2. Klassische Rechtsinstitute als Substitute der <i>action directe</i>	72
a) Vorzugsrecht (<i>privilège</i>)	73
b) Ungerechtfertigte Bereicherung (<i>enrichissement sans cause</i>)	73
c) Pfändung (<i>saisie-attribution</i>)	74
II. Dogmatische Rechtfertigung der <i>action directe</i> aus Gründen der Billigkeit (<i>équité</i>) bzw. ausgleichenden Gerechtigkeit (<i>justice commutative</i>)	75
1. Die historischen Grundlagen von <i>Demolombe</i> und <i>Labbé</i>	75
2. Die originäre Leistung von <i>Jamin</i>	76

III. Funktionelle Analyse der <i>action directe</i>	77
1. Die <i>action directe</i> zwischen eigenständiger Rechtsposition (<i>droit propre</i>) und abgeleitetem Rechtsanspruch (<i>droit dérivé</i>)	78
2. Der Funktionsmechanismus der <i>action directe</i> innerhalb einer Vertrags- kette	80
a) Die Dritteinbeziehung des Gläubigers der <i>action directe</i> in den Erstver- trag der Vertragskette	80
b) Der Anwendungsbereich dieses Funktionsmechanismus	81
2. Abschnitt: Die typologische Vielfalt der <i>action directe</i>	81
A. Die direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	82
I. Die von der Lehre und der Rechtsprechung auf der Grundlage von Gesetzes- normen entwickelten direkten Zahlungsansprüche	82
1. Die direkten Zahlungsansprüche des <i>Code civil</i>	82
a) Die <i>action directe</i> des Vermieters gegen den Untermieter (Art. 1753 CC)	82
b) Die <i>action directe</i> des Arbeiters gegen den Bauherrn (Art. 1798 CC) ...	83
c) Die wechselseitigen <i>actions directes</i> von Auftraggeber und Unterbeauf- tragten (Art. 1994 Abs. 2 CC)	85
2. Der Sonderfall der direkten Zahlungsansprüche im Versicherungsrecht (Art. L. 124–3 und Art. L. 121–13 <i>Code des assurances</i>)	86
a) Die Bestimmungen des Art. L. 124–3 und des Art. L. 121–13 <i>Code</i> <i>des assurances</i>	86
aa) Der Direktanspruch des Geschädigten gegen den Haftpflichtversi- cherer des Schädigers (Art. L. 124–3 <i>Code des assurances</i>)	86
bb) Der Direktanspruch der „ <i>créanciers privilégiés et hypothécaires</i> “ gegen den Sachversicherer (Art. L. 121–13 <i>Code des assurances</i>)	87
b) Der Sondercharakter der versicherungsrechtlichen Direktansprüche innerhalb des Rechtsinstitutes der <i>action directe</i>	88
aa) Das Fehlen einer Vertragskette	88
bb) Die relative Autonomie der versicherungsrechtlichen <i>action directe</i> (1) Der versicherungsrechtliche Direktanspruch als weitestgehend eigenständige Rechtsposition (<i>droit propre</i>)	89
(2) Der versicherungsrechtliche Direktanspruch als Anwendungs- fall der <i>action directe parfaite</i>	90
II. Direkte Zahlungsansprüche als gesetzgeberische Schöpfungen: Die <i>action</i> <i>directe</i> des Subunternehmers gegen den Auftraggeber (Art. 12 des Gesetzes L. n° 75–1334 vom 31. Dezember 1975)	91
1. Der Anwendungsbereich des Subunternehmergesetzes (SubUG) vom 31. Dezember 1975	91

2. Der direkte Zahlungsanspruch des Subunternehmers gegen den Auftraggeber als Fall der <i>action directe en paiement</i>	93
a) Die funktionelle Abgrenzung der <i>action directe</i> (Art. 12 SubUG) vom sogenannten <i>paiement direct</i> (Art. 6 SubUG)	93
b) Die Charakterisierung der <i>action directe</i> nach den Bestimmungen von Artt. 12 und 13 SubUG	94
c) Die Bedeutung der <i>acceptation</i> bzw. des <i>agrément</i> (Art. 3 SubUG) für das Bestehen der <i>action directe</i>	96
3. Zusätzliche Sicherheiten zum Schutze des Subunternehmers neben der <i>action directe</i> (Art. 14 SubUG)	97
a) Die Bürgschaft (<i>cautionnement</i>) des Generalunternehmers	97
b) Der Schuldbeitritt (<i>délégation</i>) des Auftraggebers	98
4. Das Konkurrenzverhältnis zwischen der <i>action directe</i> und der Sicherungsabtretung nach der <i>Loi Dailly</i>	99
B. Die haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>)	100
I. Die gesetzlich normierten haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche	100
1. Die <i>action directe</i> des Erwerbers einer Immobilie gegen die für die Herstellung des Bauwerkes verantwortlichen Personen (Artt. 1792 ff. CC)	100
2. Die <i>action directe</i> der nachfolgenden Immobilieneigentümer gegen den Verkäufer einer nach Plan erworbenen Immobilie (Art. 1646–1 CC)	102
II. Die von der Rechtsprechung entwickelten haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche	102
1. Die <i>action directe</i> des Endabnehmers gegen den Erstverkäufer innerhalb sukzessiver Kaufverträge	103
2. Die <i>action directe</i> des Bauherrn gegen den Hersteller von Baustoffen	104
III. Die prozessuale Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen innerhalb einer Vertragskette im Wege des <i>appel en garantie</i>	104
1. Das Wesen der französischen Interventionsklage (<i>appel en garantie</i>)	104
2. Die Bedeutung der <i>action directe</i> im Rahmen des <i>appel en garantie</i>	106
Zusammenfassung des ersten Kapitels	106

Zweites Kapitel

Das Phänomen der Vertragsketten	109
1. Abschnitt: Durchgriffshaftung innerhalb der Vertragskette nach französischem Recht	109
A. Die Ansätze in der französischen Literatur	110
I. Die subjektiven Theorien	110
1. Der Funktionsbegriff der „Vertragsgruppe“ (<i>Teyssié</i>)	111
2. Der Funktionsbegriff des „Subvertrages“ (<i>Néret</i>)	114

II. Die objektiven Theorien	117
1. Die Differenzierung nach der Art der schuldrechtlichen Pflichtverletzung (<i>Bacache-Gibeili</i>)	117
2. Die Differenzierung nach der Natur des geltend gemachten Schadens (<i>Leborgne</i>)	120
B. Die rechtliche Behandlung von Vertragsketten in der französischen Rechtsprechung	122
I. Die Grundlagen des französischen Haftungsrechtes	122
1. Die vertragliche Haftung	122
a) Die spezielle Sachmängelgewährleistung (<i>garantie légale des vices cachés</i>) gemäß Artt. 1641 ff. CC	122
b) Die allgemeine vertragliche Haftung (<i>responsabilité contractuelle de droit commun</i>) gemäß Artt. 1142 ff. CC	123
c) Die spezielle vertragliche Haftung des Immobilienrechtes gemäß Artt. 1792 ff. CC	124
2. Die deliktische Haftung	124
II. Die Problematik der Vertragsketten im Laufe der Entwicklung der französischen Rechtsprechung	125
1. Die erste Phase der Rechtsprechung (bis 1979)	126
a) Die Dominanz der deliktischen Haftung	126
aa) Sukzessive Kaufverträge über bewegliche Sachen	126
bb) Durchgriffshaftung im Immobilienbereich	127
b) Die Kehrtwende durch die Entscheidung Lamborghini (Cass. 1 ^{re} civ., 9. 10. 1979)	128
2. Die zweite Phase der Rechtsprechung (80er Jahre)	130
a) Der vertragliche Durchgriffsanspruch in sukzessiven Kaufverträgen ...	130
aa) Die Anerkennung der Wandlung (<i>action réhibitoire</i>)	130
bb) Die Anerkennung der allgemeinen vertraglichen Haftung	132
b) Die <i>action directe</i> des Bauherrn bzw. Immobilienkäufers gegen den Hersteller bzw. Verkäufer der verwendeten Baumaterialien	132
aa) Der Rechtsprechungskonflikt zwischen der Ersten und der Dritten Zivilkammer der Cour de cassation	132
bb) Die Entscheidung der <i>Assemblée plénière</i> vom 7. Februar 1986	134
c) Die Erweiterung des Anwendungsbereiches der vertraglichen <i>action directe</i> mit Hilfe der rechtlichen Funktionsbegriffe des „Subvertrages“ bzw. der „Vertragsgruppe“	136
aa) Der Funktionsbegriff des „Subvertrages“ (Cass. 1 ^{re} civ., 8. 3. 1988)	136
bb) Der Funktionsbegriff der „Vertragsgruppe“ (Cass. 1 ^{re} civ., 21. 6. 1988)	139

3. Die dritte Phase der Rechtsprechung (90er Jahre)	140
a) Die Grundsatzentscheidung der <i>Assemblée plénière</i> vom 12. Juli 1991	140
aa) Die ausdrückliche Ablehnung der rechtlichen Funktionsbegriffe des „Subvertrages“ bzw. der „Vertragsgruppe“	140
bb) Die Reichweite dieser Entscheidung für sonstige Fälle von haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüchen	142
b) Die Unterscheidung zwischen der speziellen Sachmängelgewährleistung (<i>garantie des vices cachés</i>) und der allgemeinen vertraglichen Haftung (<i>responsabilité contractuelle de droit commun</i>)	143
C. Die Bedeutung des neuen französischen Produkthaftungsgesetzes L. n° 98–389 vom 19. Mai 1998 für die vertragliche Durchgriffshaftung (<i>action directe</i>) innerhalb einer Vertragskette	146
I. Das französische Produkthaftungsrecht vor dem Inkrafttreten des Gesetzes L. n° 98–389 vom 19. Mai 1998	147
1. Der Anwendungsbereich der verschiedenen Anspruchsgrundlagen	147
a) Vertragliche Produkthaftung	147
b) Deliktische Produkthaftung	148
2. Die Entwicklung der allgemeinen Verkehrssicherungspflicht (<i>obligation de sécurité</i>) im Laufe der französischen Rechtsprechung	149
a) Die Ursprünge der allgemeinen Verkehrssicherungspflicht im Bereich der Personenbeförderungsverträge	149
b) Die relative Autonomie der allgemeinen Verkehrssicherungspflicht im Rahmen der Herstellerhaftung innerhalb einer Vertragskette	150
aa) Die <i>obligation de sécurité</i> als Ausfluß der allgemeinen vertraglichen Haftung (<i>responsabilité contractuelle de droit commun</i>)	150
bb) Die <i>obligation de sécurité</i> als völlig autonome außervertragliche (deliktische) Verkehrssicherungspflicht	151
II. Das französische Produkthaftungsrecht nach dem Inkrafttreten des Gesetzes L. n° 98–389 vom 19. Mai 1998	155
1. Die Besonderheiten des neuen Produkthaftungsgesetzes	155
a) Die Unterscheidung zwischen Integritätsverletzungen (<i>atteintes à la sécurité des personnes et des biens</i>) und Äquivalenzverletzungen	155
aa) Das Vorbild des französischen Verbraucherschutzgesetzes vom 26. Juli 1993	156
bb) Die praktischen Auswirkungen dieser Unterscheidung für die Anwendung des Gesetzes	157
b) Die Herstellerhaftung nach dem neuen französischen Produkthaftungsgesetz	158

2. Die Auswirkungen des französischen Produkthaftungsgesetzes auf die vertragliche Durchgriffshaftung (<i>action directe</i>) innerhalb einer Vertragskette	159
a) Der Grundsatz der freien Anspruchskonkurrenz (Art. 1386–18 CC) ...	159
b) Die Legitimität des neuen Produkthaftungsgesetzes vor dem Hintergrund der bisherigen Rechtsprechungsentwicklung	161
aa) Das Ausscheiden der vertraglichen <i>action directe</i> zur Lösung von Produkthaftungsansprüchen innerhalb der Absatzkette	161
bb) Der Rückgriff auf die von der Rechtsprechung seit 1995 entwickelte deliktische <i>obligation de sécurité</i>	162
2. Abschnitt: Durchgriffshaftung innerhalb der Vertragskette in rechtsvergleichender Hinsicht	163
A. Durchgriffshaftung innerhalb der Vertragskette nach deutschem Recht	164
I. Die Unterscheidung zwischen Integritäts- und Äquivalenzinteresse	164
1. Die Bedeutung dieser Unterscheidung für das deutsche Haftungsrecht	164
a) Die Abgrenzung zwischen „Mangelschäden“ und „Mangelfolgeschäden“	165
b) Die Problematik der sogenannten „weiterfressenden Schäden“	166
2. Die Problematisierung dieser Unterscheidung in der Praxis	167
a) Der Problemfall des Betriebsausfallschadens	167
b) Der Problemfall des Haftungsschadens	168
II. Die Haftung des Herstellers für Integritätsverletzungen des Endabnehmers innerhalb einer Vertragskette	169
1. Vertragliche Haftung	170
a) Drittschadensliquidation	170
b) Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	170
c) Sonstige Konstruktionen vertraglicher Haftung	172
2. Deliktische Haftung	173
III. Die Haftung des Erstverkäufers für die Äquivalenzverletzungen des Endabnehmers	173
1. Die Lösung des BGH in der Prüfzeichen-Entscheidung	174
2. Relativierung dieser Lösung aufgrund der sonstigen Rechtsprechung des BGH	175
B. Rechtsvergleich mit wichtigen anderen Rechtsordnungen	176
I. Rechtsordnungen mit ausschließlich deliktischer Haftung	176
1. Großbritannien	176
2. Niederlande	178

3. Italien	178
4. Schweiz	178
II. Rechtsordnungen mit (zumindest auch) vertraglicher Haftung	179
1. Belgien	179
2. Luxemburg	180
3. Österreich	180
4. Vereinigte Staaten von Amerika	182
5. Die nordischen Rechte	183
6. Spanien	184
C. Die Bedeutung der <i>action directe</i> im Rahmen der europäischen Richtlinie zum Verbrauchsgüterkauf	186
I. Die <i>action directe</i> als vertraglicher Durchgriffsanspruch des Endabnehmers gegen den Erstverkäufer innerhalb der Vertragskette	186
II. Die <i>action directe</i> als vertraglicher Regreßanspruch des Zwischenverkäufers gegenüber dem Erstverkäufer innerhalb der Vertragskette	188
Zusammenfassung des zweiten Kapitels	189

Zweiter Teil

Die Bedeutung der *action directe* in internationalen Vertragsketten 191

Erstes Kapitel

Die *action directe* und die Problematik der internationalen Gerichtszuständigkeit 192

1. Abschnitt: Die internationale Gerichtszuständigkeit nach dem EuGVÜ ohne Zuständigkeitsvereinbarung	193
A. Die direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	193
I. Der direkte Zahlungsanspruch des Geschädigten gegen den Haftpflichtversicherer des Schädigers	193
1. Die Gerichtspflichtigkeit des beklagten Versicherers gemäß Artt. 7 bis 9 EuGVÜ	193
2. Die Gerichtszuständigkeit im Falle der <i>action directe</i> gemäß Art. 10 Abs. 2 EuGVÜ	194
II. Der direkte Zahlungsanspruch des Subunternehmers gegen den Auftraggeber innerhalb einer internationalen Vertragskette	195
1. Die besondere Zuständigkeitsnorm des Art. 6 Nr. 1 EuGVÜ	196

2. Die besondere Zuständigkeitsnorm des Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ	197
a) Der Vergütungsanspruch des französischen Subunternehmers gegen den Generalunternehmer	197
b) Die <i>action directe</i> des französischen Subunternehmers gegen den ausländischen Auftraggeber	198
B. Die haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>) innerhalb einer internationalen Vertragskette	199
I. Die Bedeutung von Art. 6 Nr. 1 und 2 EuGVÜ für die <i>action directe</i> innerhalb einer internationalen Vertragskette	199
1. Die besondere Zuständigkeitsnorm des Art. 6 Nr. 1 EuGVÜ	199
2. Die besondere Zuständigkeitsnorm des Art. 6 Nr. 2 EuGVÜ	201
II. Die Anwendbarkeit von Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ auf die <i>action directe</i> innerhalb einer internationalen Vertragskette	202
1. Die grundsätzliche Problematik der besonderen Gerichtszuständigkeit gemäß Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ	202
2. Die Rechtsprechung des Gerichtshofes in der Rechtssache <i>Handte/TMCS</i> vom 17. Juni 1992	204
a) Sachverhalt und Verfahren	204
b) Kritische Analyse der vom EuGH vertretenen Argumentation	207
aa) Das Fehlen unmittelbarer Vertragsbeziehungen zwischen dem Endabnehmer und dem Erstverkäufer bzw. Hersteller innerhalb einer internationalen Vertragskette	208
bb) Die systematische Stellung von Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ innerhalb des Übereinkommens	209
cc) Die Förderung der Rechtssicherheit als Ziel des EuGVÜ und das Erfordernis der Vorhersehbarkeit des Gerichtsstandes für den Beklagten	210
(1) Die Vorhersehbarkeit des gemäß Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ konkret eröffneten internationalen Gerichtsstandes	211
(2) Die praktische Gefahr einer falschen Anwendung von Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ auf die <i>action directe en responsabilité</i>	213
III. Die Qualifikation der <i>action directe en responsabilité</i> zur Abgrenzung zwischen vertraglicher (Art. 5 Nr. 1 EuGVÜ) bzw. deliktischer (Art. 5 Nr. 3 EuGVÜ) Zuständigkeit	215
1. Die Anwendung von Art. 5 Nr. 3 EuGVÜ auf die <i>action directe en responsabilité</i> innerhalb einer internationalen Vertragskette	216
a) Der Anwendungsbereich von Art. 5 Nr. 3 EuGVÜ	216

b) Die Gleichsetzung des Endabnehmers mit einem nur „mittelbar Geschädigten“ (<i>victime par ricochet</i>)	217
c) Die Bestimmung des „Ortes, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist“ durch die neuere französische Rechtsprechung	220
2. Die Qualifikation der <i>action directe</i> als ein kompetenzrechtliches „tertium“ und der Rückgriff auf Art. 2 EuGVÜ	222
3. Die Notwendigkeit einer impliziten Unterscheidung zwischen Integritäts- und Äquivalenzverletzungen im System des EuGVÜ	224
a) Die Natur des Schadens als Abgrenzungskriterium zwischen Art. 5 Nr. 1 und 3 EuGVÜ	224
b) Die Vereinbarkeit dieser Lösung mit der Entscheidung des EuGH vom 27. Oktober 1998 (<i>Réunion européenne/Spliethoff's</i>)	225
2. Abschnitt: Die internationale Gerichtszuständigkeit aufgrund einer Zuständigkeitsvereinbarung nach dem EuGVÜ	227
A. Die direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	228
I. Der direkte Zahlungsanspruch des Geschädigten gegen den Haftpflichtversicherer des Schädigers	228
II. Der direkte Zahlungsanspruch des Subunternehmers gegen den Auftraggeber innerhalb einer internationalen Vertragskette	228
B. Die haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>) innerhalb einer internationalen Vertragskette	230
I. Die Drittwirksamkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen nach der Rechtsprechung des EuGH	230
1. Vertragsautonome Bestimmung der Drittwirksamkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen	231
a) Die Entscheidung des EuGH vom 10. März 1992 in der Rechtssache <i>Powell Duffryn/Petereit</i>	231
b) Die Entscheidung des EuGH vom 14. Juli 1983 in der Rechtssache <i>Gerling Konzern/Amministrazione del tesoro dello Stato</i>	232
2. Die Bestimmung der Drittwirksamkeit von Gerichtsstandsklauseln nach der <i>lex causae</i> : Die Entscheidung des EuGH vom 19. Juni 1984 in der Rechtssache <i>Tilly Russ/Nova</i>	234
a) Sachverhalt und Verfahren	234
b) Die Problematik der Drittwirksamkeit einer in einem Konnossement enthaltenen Gerichtsstandsvereinbarung	234
c) Die Übertragbarkeit dieser Rechtsprechung auf die <i>action directe en responsabilité</i> innerhalb einer internationalen Vertragskette	235

II. Die Drittwirksamkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen nach der französischen Rechtsprechung	236
1. Die Rechtsprechung der <i>Cour de cassation</i> zur Drittwirksamkeit einer in einem Konnossement enthaltenen Gerichtsstandsklausel	236
2. Die Rechtsprechung der <i>Cour de cassation</i> zur Drittwirksamkeit von Gerichtsstandsklauseln innerhalb einer internationalen Vertragskette	238
III. Die Drittwirksamkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen innerhalb von internationalen Vertragsketten und die Natur des Schadens als Differenzierungskriterium	239
Zusammenfassung des ersten Kapitels	241

Zweites Kapitel

Die Bedeutung der *action directe* im französischen Kollisionsrecht 243

1. Abschnitt: Die kollisionsrechtliche Behandlung der direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	246
A. Der direkte Zahlungsanspruch des Geschädigten gegen den Haftpflichtversicherer des Schädigers	246
I. Grundsatz: Deliktische Qualifikation und kollisionsrechtliche Anknüpfung nach der <i>lex loci delicti</i>	247
1. Die versicherungsrechtliche <i>action directe</i> nach allgemeinem französischem Kollisionsrecht	248
2. Die versicherungsrechtliche <i>action directe</i> nach dem Haager Übereinkommen über das auf Straßenverkehrsunfälle anzuwendende Recht vom 4. Mai 1971	249
a) Die Kollisionsregel des Art. 9 des Abkommens	249
b) Die praktische Anwendung der Anknüpfungskaskade	250
II. Ausnahme: Vertragliche Qualifikation und Anknüpfung nach der <i>lex contractus</i> der zugrunde liegenden Schadensersatzforderung	251
1. Die vertragliche Haftung des gewerblichen Personenbeförderers im Falle eines Straßenverkehrsunfalles	251
2. Die vertragliche <i>action directe en responsabilité</i> als Grundlage für die versicherungsrechtliche <i>action directe en paiement</i>	252
B. Direkte Zahlungsansprüche innerhalb von internationalen Vertragsketten: Das Beispiel der <i>action directe</i> des Subunternehmers gegen den Auftraggeber	253
I. Die Ergebnisse der französischen Rechtsprechung	254
II. Die Vorschläge der französischen Literatur	255
1. Materiellrechtlicher Ansatz	256
a) Anknüpfung an den Subunternehmervertrag	257

b)	Anknüpfung an den Hauptvertrag	258
aa)	Die Nichtübertragbarkeit der für die versicherungsrechtliche <i>action directe</i> entwickelten kollisionsrechtlichen Lösung	258
bb)	Der spezifische Funktionsmechanismus der <i>action directe en paiement</i> innerhalb einer Vertragskette	259
cc)	Das Gebot der kollisionsrechtlichen Gleichbehandlung zwischen der <i>action directe</i> (Art. 12) und dem <i>paiement direct</i> (Art. 6)	260
2.	Internationalprivatrechtlicher Ansatz	263
a)	Die Ablehnung des materiellrechtlichen Ansatzes	263
b)	Das international-privatrechtliche Kriterium der Vorhersehbarkeit	265
aa)	Das Gebot der Vorhersehbarkeit im Rahmen der inhaltlichen Begründetheit der <i>action directe</i>	265
bb)	Das Gebot der Vorhersehbarkeit im Hinblick auf die Schutzbedürftigkeit des Auftraggebers	267
c)	Die einheitliche kollisionsrechtliche Anknüpfung der <i>action directe</i> an den Hauptvertrag der internationalen Vertragskette	267
aa)	Die <i>action directe</i> des Subunternehmers gegen das Kreditinstitut des Auftraggebers (Art. 12 Abs. 4 SubUG i.V.m. Art. 1799–1 Abs. 2, 1779 Nr. 3 CC)	268
bb)	Der Schadensersatzanspruch des Subunternehmers gegenüber dem Auftraggeber (Art. 14–1 Alt. 1 SubUG)	268
2.	Abschnitt: Die kollisionsrechtliche Behandlung der haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>)	269
A.	Die Haftung des Herstellers eines fehlerhaften Produktes für Integritätsverletzungen des Endabnehmers	272
I.	Der Anwendungsbereich des Haager Übereinkommens über das auf die Produkthaftung anzuwendende Recht vom 2. Oktober 1973	273
1.	Die allgemeinen Anwendungsvoraussetzungen des Haager Übereinkommens	273
a)	Die objektiven Kriterien	273
aa)	Der Begriff „Produkt“	273
bb)	Der Begriff „Schaden“	275
b)	Die subjektiven Kriterien	277
aa)	Die Personengruppe des Geschädigten	277
bb)	Die Personengruppe des produkthaftungsrechtlich Verantwortlichen	277

2. Die Anwendbarkeit des Haager Übereinkommens vom 2. Oktober 1973 auf den Schadensersatzanspruch des Endabnehmers gegenüber dem Hersteller innerhalb einer internationalen Vertragskette	278
a) Literatur	278
aa) Die Qualifikation der internationalen Produkthaftung nach dem Recht des Gerichtsstaates (<i>lex fori</i>)	278
bb) Die autonome Qualifikation der internationalen Produkthaftung	279
b) Rechtsprechung	281
aa) Die Entscheidung der <i>Cour de cassation</i> vom 16. Dezember 1997 ..	282
bb) Die Entscheidung der <i>Cour d'appel</i> von Colmar vom 8. Juli 1997 ..	283
I. Die kollisionsrechtliche Anknüpfung der internationalen Produkthaftung nach dem Haager Übereinkommen vom 2. Oktober 1973	285
1. Das kaskadenförmige Anknüpfungssystem der Artt. 4, 5 und 6	285
2. Der kollisionsrechtliche Schutz des Herstellers durch die besonderen Bestimmungen der Artt. 7 und 9	289
3. Die logisch-analytische Anordnung der Kollisionsnormen	290
B. Die Haftung des Erstverkäufers einer mangelhaften Kaufsache für die Äquivalenzverletzungen des Endabnehmers	292
I. Die kollisionsrechtliche Qualifikation und Anknüpfung der <i>action directe en responsabilité</i> innerhalb einer internationalen Vertragskette	292
1. Die Problematik der Qualifikation der <i>action directe</i> nach der <i>lex fori</i>	292
a) Die Methode der Qualifikation nach der <i>lex fori</i>	292
b) Die Entscheidung der <i>Cour de cassation</i> vom 10. Oktober 1995 (<i>Pagliarani</i>)	294
2. Materiellrechtliche Ansätze	296
a) Die kollisionsrechtliche Zulässigkeit der <i>action directe</i>	297
aa) Die traditionellen Erklärungsversuche der <i>action directe</i> und ihre kollisionsrechtliche Bedeutung	297
(1) Die <i>action directe</i> als Mittel zur Sicherung einer Forderung und die Anknüpfung an das Forderungsstatut	297
(2) Die Vertragskette als rechtlicher Funktionsbegriff und die kumulative Anknüpfung an das Vertragsstatut aller Einzelverträge der Kette	299
(3) Die Zubehörtheorie und die Anknüpfung nach der <i>lex rei sitae</i>	301
bb) Die Dritteinbeziehung als Funktionsmechanismus der <i>action directe</i> und die Anknüpfung an den Erstvertrag	304
b) Die inhaltliche Begründetheit der <i>action directe</i>	305
3. Internationalprivatrechtlicher Ansatz	307

II. Die Bestimmung des auf den Erstvertrag der Vertragskette anwendbaren Rechtes im Rahmen einer <i>action directe en responsabilité</i>	309
1. Die Bestimmung der einschlägigen Kollisionsnorm	310
a) Die Unterscheidung zwischen internen und internationalen Verträgen ..	310
b) Die Anwendbarkeit des Haager Übereinkommens vom 15. Juni 1955 im Rahmen einer <i>action directe</i>	312
2. Das Verhältnis der <i>action directe</i> zum Wiener UN-Kaufrecht (CISG)	314
a) Die Entscheidung der <i>Cour de cassation</i> vom 5. Januar 1999	315
aa) Sachverhalt und Verfahren	315
bb) Die Lösung nach dem Haager Übereinkommen vom 2. Oktober 1973	316
cc) Die Problematik einer generellen deliktischen Qualifizierung der <i>action directe</i>	318
b) Eigener Lösungsvorschlag	319
aa) Die Unvereinbarkeit der <i>action directe</i> mit der materiellrechtlichen Konzeption des Wiener UN-Kaufrechtes vom 11. April 1980	319
bb) Die Unterscheidung zwischen kollisionsrechtlicher Zulässigkeit und inhaltlicher Begründetheit der <i>action directe</i>	319
(1) Die kollisionsrechtliche Zulässigkeit der <i>action directe</i>	319
(2) Die inhaltliche Begründetheit der <i>action directe</i>	322
Zusammenfassung des zweiten Kapitels	324

Drittes Kapitel

Die Bedeutung der <i>action directe</i> im deutschen Kollisionsrecht	327
1. Abschnitt: Die kollisionsrechtliche Behandlung der direkten Zahlungsansprüche (<i>actions directes en paiement</i>)	327
A. Die versicherungsrechtlichen Direktansprüche des Geschädigten gegen den Haft- pflichtversicherer des Schädigers	327
I. Der direkte Zahlungsanspruch des Unfallopfers gegen den Kfz-Haftpflicht- versicherer des Schädigers (§ 3 PflVG)	328
1. Die Anknüpfung des Direktanspruches nach dem Deliktsstatut	329
a) Die materiellrechtliche und kollisionsrechtliche Qualifizierung der ver- sicherungsrechtlichen <i>action directe</i>	329
b) Bestimmung des Deliktsstatuts	330
2. Die Anknüpfung des Direktanspruches nach dem Versicherungsvertrags- statut	332
a) Ausschließliche Maßgeblichkeit des Versicherungsvertragsstatuts	332
b) Alternative bzw. subsidiäre Maßgeblichkeit des Versicherungsvertrags- statuts	333

II. Der Direktanspruch des Geschädigten gegen einen Haftpflichtversicherer außerhalb der Kfz-Haftpflichtversicherung	334
B. Der direkte Zahlungsanspruch des Subunternehmers gegen den Auftraggeber innerhalb einer internationalen Vertragskette	334
I. Die kollisionsrechtliche Qualifikation der <i>action directe</i>	335
II. Die kollisionsrechtliche Anknüpfung der <i>action directe</i>	336
1. Die Theorie der akzessorischen Anknüpfung des Subunternehmervertrages an den Hauptvertrag der Kette	336
2. Die <i>action directe</i> als „abgeleiteter“ Anspruch und ihre Anknüpfung nach den Grundsätzen von Art. 33 EGBGB	337
3. Die Dritteinbeziehung als Funktionsmechanismus der <i>action directe</i> und ihre Anknüpfung an den Hauptvertrag der Kette	340
III. Die Bestimmung des auf die <i>action directe</i> anwendbaren Rechtes	341
2. Abschnitt: Die kollisionsrechtliche Behandlung der haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (<i>actions directes en responsabilité</i>)	342
A. Die Haftung des Herstellers eines fehlerhaften Produktes für Integritätsverletzungen des Endabnehmers	343
I. Überblick über die kollisionsrechtliche Anknüpfung der internationalen Produkthaftung nach deutschem Deliktsstatut	344
1. Rechtsprechung	344
a) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	345
b) Die Rechtsprechung der Untergerichte	346
2. Literatur	346
a) Mehrfachanknüpfung der internationalen Produkthaftung	347
b) Anwendung von nach dem Personenkreis des Geschädigten differenzierenden Kollisionsregeln	348
3. Das Gesetz zum Internationalen Privatrecht für außervertragliche Schuldverhältnisse und für Sachen vom 21. Mai 1999	349
II. Die Bedeutung der <i>action directe</i> für Produkthaftungsansprüche im Rahmen einer deutsch-französischen Vertragskette	350
1. Die Anwendung der <i>action directe</i> als materiellrechtliches Institut des kollisionsrechtlich berufenen französischen Sachrechtes	350
2. Die Berücksichtigung des französischen Rechtsinstitutes der <i>action directe</i> bei der kollisionsrechtlichen Qualifikation von Produkthaftungsansprüchen	351

B. Die Haftung des Erstverkäufers einer mangelhaften Kaufsache für Äquivalenzverletzungen des Endabnehmers	354
I. Die Qualifizierung der <i>action directe</i> des in seinem Äquivalenzinteresse verletzten Endabnehmers	355
1. Die Methode der funktionellen bzw. teleologischen Qualifizierung	355
2. Die Konstruktion des „Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter“ als funktionelles Äquivalent der <i>action directe</i>	356
a) Die Berücksichtigung der französischen <i>action directe</i> auf der Ebene des deutschen Kollisionsrechtes	356
b) Die Qualifikation der französischen <i>action directe</i> aus der Sicht des deutschen Kollisionsrechtes	357
II. Die Übertragbarkeit der französischen Lösungen auf das deutsche Kollisionsrecht	357
1. Die kollisionsrechtliche Anknüpfung der <i>action directe</i> an den Erstvertrag der deutsch-französischen Vertragskette	358
2. Die Bestimmung des auf den Erstvertrag der Kette anwendbaren Rechtes	358
Zusammenfassung des dritten Kapitels	359
Gesamtzusammenfassung	361
Literaturverzeichnis	371

Verzeichnis der wichtigsten fremdsprachigen Abkürzungen

A.	Aranzadi Repertorio de jurisprudencia (spanische Entscheidungssammlung)
A C	The Law Reports Appeal Cases – House of Lords (englische Entscheidungssammlung)
Bull. civ.	Bulletin des arrêts des chambres civiles de la Cour de cassation (französische Entscheidungssammlung)
CA	Cour d'appel
Cass. 1 ^{re} civ.	Cour de cassation, première chambre civile
Cass. Ass. plén.	Cour de cassation, assemblée plénière
Cass. com.	Cour de cassation, chambre commerciale
Cass. Req.	Cour de cassation, chambre de requête
CC	Code civil
D.	Recueil Dalloz (Zeitschrift)
D. Affaires	Dalloz Affaires (Zeitschrift)
Doctr.	Doctrine (Rubrik für Beiträge der Lehre in der Gazette du Palais)
D.P.	Dalloz Recueil périodique et critique mensuel (Zeitschrift vor 1941)
fasc.	Fascicule
Gaz. Pal.	Gazette du Palais (Zeitschrift)
IR	Informations rapides (Rubrik des Recueil Dalloz)
J.C.P., éd. E.	Juris-Classeur périodique – Semaine juridique, édition entreprise et affaires (Zeitschrift)
J.C.P., éd. G.	Juris-Classeur périodique – Semaine juridique, édition générale (Zeitschrift)
JDI	Journal de droit international privé (Zeitschrift)
Jur.	Jurisprudence (Rubrik des Recueil Dalloz und der Gazette du Palais)
LGDCU	Ley General para la defensa de los consumidores y usuarios (spanisches Verbraucherschutzgesetz)
NCPC	Nouveau Code de Procédure Civile
Q B	The Law Reports Queen's Bench (englische Entscheidungssammlung)
RDAI	Revue de droit des affaires internationales (Zeitschrift)
Resp. civ. et ass.	Responsabilité civile et assurance (Zeitschrift)
Rev. arb.	Revue de l'arbitrage (Zeitschrift)
Rev. crit. DIP	Revue critique de droit international privé (Zeitschrift)
Rev. dr. imm.	Revue de droit immobilier (Zeitschrift)
RGAT	Revue générale des assurances terrestres (Zeitschrift bis 1995) = Revue générale du droit des assurances (Zeitschrift ab 1996)
RJDA	Revue de jurisprudence de droit des affaires (Zeitschrift)

RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civil
RTD com.	Revue trimestrielle de droit commercial
RTD eur.	Revue trimestrielle de droit européen
S.	Recueil Sirey (Zeitschrift bis 1964)
Somm. comm.	Sommaires commentés (Rubrik des Recueil Dalloz)
T. S.	Tribunal Supremo
UCC	Uniform Commercial Code

Einleitung

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung sollen folgende authentische Sachverhalte bilden, die im Zusammenhang mit dem französischen Rechtsinstitut der *action directe* innerhalb einer internationalen Vertragskette stehen:

1. Die deutsche Gesellschaft *Stadtwerke Essen (SWE)* hat mit der Herstellung einer Anlage zur Ozonisierung ihres Trinkwassers eine aus dem deutschen Unternehmen *Krupp* und dem französischen Unternehmen *Compagnie Générale des Eaux (CGE)* bestehende internationale Arbeitsgemeinschaft beauftragt. Die französische Gesellschaft *CGE* hat ihren Marktanteil an ihre französische Tochtergesellschaft *Trailigaz* weiterzugeben. Mit der Behauptung, daß das bestehende Werk der *SWE* nicht die zur Trinkwasseraufbereitung geforderten Sicherheitsstandards erfülle und der reibungslose Einbau der Ozonisierungsanlage deswegen erheblich gefährdet sei, beantragt *Trailigaz* im französischen *référé*-Verfahren gegen die *SWE* als Auftraggeber die Einsetzung eines gerichtlichen Sachverständigen, der etwaige Mißstände feststellen solle.¹

Kann der französische Subunternehmer (*Trailigaz*) mit der *action directe* Ansprüche gegen den deutschen Auftraggeber (*SWE*) geltend machen, obwohl zwischen den Parteien als äußeren Gliedern einer internationalen Vertragskette keine unmittelbaren Vertragsbeziehungen bestehen?

2. Die französische Gesellschaft *Société bretonne de construction navale (SBCN)* hat von der ebenfalls französischen Gesellschaft *Nanni Diesel* fünf Antriebsaggregate erworben, mit denen Schiffe ausgerüstet werden sollen. Die Gesellschaft *Nanni Diesel* hat ihrerseits die Maschinen von einer italienischen Herstellergesellschaft namens *MB Marine* bezogen. Als sich herausstellt, daß die Antriebsaggregate mangelhaft sind, erhebt die Gesellschaft *SBCN* Schadensersatzklage vor dem *Tribunal de commerce* von Quimper (am Sitz von *SBCN*) sowohl gegen ihren unmittelbaren Vertragspartner *Nanni Diesel* als auch gegen den italienischen Hersteller *MB Marine* sowie gegen dessen Versicherer. Gleichzeitig erhebt der französische Zwischenverkäufer *Nanni Diesel* seinerseits gegen den italienischen Hersteller sowie dessen Versicherer Interventionsklage im Wege des sogenannten *appel en garantie*.²

Ist das *Tribunal de commerce* von Quimper auch für die Klagen gegen den italienischen Hersteller (*MB Marine*) international zuständig, obwohl zwischen diesem und dem französischen Zwischenverkäufer (*Nanni Diesel*) eine wirksame Ge-

¹ Cass. 1^{re} civ., 15. 1. 1991, Rev. crit. DIP 1993, 46, Anm. *Muir Watt*. Vgl. hierzu unten 2. Teil, 2. Kap., 1. Abschn. B. I.

² Cass. com., 18. 10. 1994, Bull. civ. IV Nr. 292 = JDI 1995, 143, Anm. *Huet* = Rev. crit. DIP 1995, 721, Anm. *Sinay-Cytermann*. Vgl. hierzu unten 2. Teil, 1. Kap., 1. Abschn. B. III. 1. c); 2. Teil, 1. Kap., 2. Abschn. B. II. 2. sowie 2. Teil, 2. Kap., 1. Abschn. A II. 2.

richtsstandsvereinbarung zugunsten der italienischen Gerichte getroffen worden ist? Welches Recht ist auf die *action directe* des französischen Endabnehmers (*SBCN*) gegen den italienischen Hersteller (*MB Marine*) anwendbar? Wie ist schließlich die *action directe* des geschädigten Endabnehmers (*SBCN*) gegen den Versicherer des Herstellers in kompetenzrechtlicher und kollisionsrechtlicher Hinsicht zu behandeln?

3. Im Jahre 1990 lieferte Herr *Jean-Paul Jost* an die Gärtnerei *Ets. Horticoles Adolph Ernest* mehrere hundert Ballen Torferde, die er zuvor von der belgischen Gesellschaft *Imex* bestellt hatte. Diese hatte ihrerseits die Torferde von der deutschen Herstellergesellschaft *Torfwerk Neuhaus GmbH* bezogen. Aufgrund der mangelhaften Qualität der Torferde hat die Gärtnerei *Ets. Horticoles Adolph Ernest* einen Schaden von über 1,5 Mio. FF erlitten, weil sämtliche Pflanzen, die in die Torferde gesetzt worden waren, abgestorben sind und deshalb nicht mehr verkauft werden konnten. Die Gärtnerei *Ets. Horticoles Adolph Ernest* verklagt Herrn *Jean-Paul Jost* als ihren unmittelbaren Verkäufer auf Schadensersatz. Daraufhin erhebt Herr *Jean-Paul Jost* gegen den deutschen Hersteller, der allein für die mangelhafte Qualität der Torferde verantwortlich gewesen ist, Interventionsklage im Wege des sogenannten *appel en garantie*, um im Falle einer Verurteilung zumindest im Innenverhältnis durch die *Torfwerk Neuhaus GmbH* freigestellt zu werden.³

Wie ist der Freistellungsanspruch von Herrn *Jean-Paul Jost* gegenüber dem deutschen Hersteller kollisionsrechtlich zu qualifizieren? Kann sich der Kläger auf die vertragliche *action directe* berufen, obwohl es sich um einen typischen Produkthaftungsschaden handelt? Oder ist nicht vielmehr das in Frankreich gültige Haager Übereinkommen über das auf die Produkthaftungspflicht anzuwendende Recht vom 2. Oktober 1973 einschlägig?

4. Die französische Gesellschaft *OMG* hat von der ebenfalls französischen Gesellschaft *SNPMI* eine Fließbandmaschine zum Abfüllen von Marmorgranulat erworben, deren Bestandteile im wesentlichen von der italienischen Gesellschaft *Paglierani* geliefert worden waren. Als sich herausstellt, daß die Maschine nicht einwandfrei funktioniert, verklagt die Gesellschaft *OMG* sowohl ihren unmittelbaren Vertragspartner *SNPMI* als auch die italienische Herstellergesellschaft *Paglierani* auf Schadensersatz.⁴

Welches Gericht ist für die *action directe* des französischen Endabnehmers (*OMG*) gegenüber dem italienischen Hersteller (*Paglierani*) international zuständig? Wie ist die *action directe* innerhalb einer internationalen Vertragskette kollisionsrechtlich zu qualifizieren und anzuknüpfen? Welches Recht ist aufgrund welcher Kollisionsnorm(en) auf die *action directe* anwendbar? Ändert sich an der kollisionsrechtlichen Behandlung der *action directe* etwas, wenn der Erstvertrag der Kette dem CISG unterliegt?

* * *

³ CA Colmar, 8. 7. 1997, Rev. crit. DIP 1999, 267, Anm. *Bauerreis*. Vgl. hierzu 1. Teil, I. Kap., 2. Abschn., B. III. 2. sowie im 2. Teil, 2. Kap., 2. Abschn., A. I. 2. b) bb).

⁴ Cass. 1^{re} civ., 10. 10. 1995, Rev. crit. DIP 1996, 332, Anm. *Heuzé* = D. 1996 Somm. comm. 171, Anm. *Audit* = JCP 1996 II 22742, Anm. *Henry*. Vgl. hierzu unten 2. Teil, 2. Kap., 2. Abschn., B. I. 1. b).

Diese relativ kleine Auswahl typischer Fallgestaltungen macht deutlich, daß die *action directe* innerhalb einer internationalen Vertragskette eine ganze Reihe von verschiedenen Einzelproblemen aufwirft, die im rein nationalen Anwendungsbe- reich nicht bestehen. Da die *action directe* in ihrer vielfältigen Ausgestaltung dem ausländischen Juristen im wesentlichen unbekannt sein dürfte, sollen in einem ersten Teil die materiellrechtlichen Grundlagen dieses Rechtsinstitutes aus französi- scher Sicht gelegt werden, damit hierauf aufbauend im zweiten Teil die besondere Problematik der *action directe* innerhalb einer internationalen Vertragskette behan- delt werden kann.

Entsprechend der thematischen Zielsetzung der Arbeit beschäftigt sich der erste materiellrechtliche Teil mit dem französischen Rechtsinstitut der *action directe* (1. Kapitel) und dem Phänomen der Vertragsketten (2. Kapitel). Im 1. Kapitel wird es zum einen um die Frage gehen, inwieweit es sich bei der *action directe* um ein einheitliches Rechtsinstitut handelt (1. Kapitel, 1. Abschnitt). Zum anderen soll die *action directe* in ihrer typologischen Vielfalt dargestellt werden, wobei zwischen den direkten Zahlungsansprüchen und den haftungsrechtlichen Durchgriffsansprü- chen zu unterscheiden sein wird (1. Kapitel, 2. Abschnitt). Das 2. Kapitel ist dem Phänomen der Vertragsketten gewidmet und behandelt insbesondere die Problema- tik der vertraglichen Durchgriffshaftung innerhalb einer (nationalen) Vertragskette nach französischem Recht (2. Kapitel, 1. Abschnitt) sowie in rechtsvergleichender Hinsicht (2. Kapitel, 2. Abschnitt).

Auf der Grundlage der Erkenntnisse des ersten Teiles untersucht der zweite Teil der Arbeit die Bedeutung der *action directe* innerhalb einer internationalen Ver- tragskette: Dabei wird es zum einen um die Problematik der internationalen Ger- richtszuständigkeit nach dem EuGVÜ (1. Kapitel) und zum anderen um die Be- handlung der *action directe* aus der Sicht des französischen (2. Kapitel) bzw. deut- schen (3. Kapitel) Kollisionsrechtes gehen. Im Hinblick auf die internationale Ge- richtszuständigkeit wird danach zu unterscheiden sein, ob die Parteien der internationalen Vertragskette eine Zuständigkeitsvereinbarung getroffen haben oder nicht (1. Kapitel, 1. und 2. Abschnitt). In kollisionsrechtlicher Hinsicht sollen entsprechend der typologischen Klassifizierung der *action directe* jeweils zunächst die direkten Zahlungsansprüche (1. Abschnitt im 2. und 3. Kapitel) und sodann die haftungsrechtlichen Durchgriffsansprüche (2. Abschnitt im 2. und 3. Kapitel) untersucht werden.